

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|---|
| I. Aktuelles aus der Gesetzgebung..... | 1 |
| 1. Entwurf eines Hessischen Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2011/2012 vorgelegt..... | 1 |
| 2. Umfangreiche Änderungen im Bereich der Hessischen Beihilfenverordnung geplant | 2 |
| II. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen | 3 |
| Tarifrunden bei der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt a. M. sowie der Technischen Universität Darmstadt abgeschlossen | 3 |
| III. Aktuelle Rechtsprechung..... | 3 |
| Mitbestimmung bei der Stufenzuordnung nach § 16 Abs. 3 Satz 4 TVöD u.a. | 3 |
| IV. Neues auf Rehmnetz..... | 6 |
| V. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten | 6 |

I. Aktuelles aus der Gesetzgebung

1. Entwurf eines Hessischen Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2011/2012 vorgelegt

Anfang Juni 2011 wurde durch die Fraktionen von CDU und FDP im Hessischen Landtag der o. a. Gesetzentwurf eingebracht. Mit ihm soll zumindest teilweise das Tarifiergebnis vom April 2011 für den Bereich der hessischen Landesverwaltung auf die Beamtinnen und Beamten übernommen werden.

Inhalt des Gesetzentwurfes

Der Gesetzentwurf für ein „Hessisches Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2011/2012“ (HBVAnpG 2011/2012; Landtagsdrucksache 18/4125 vom 31.05.2011) sieht im Detail Folgendes vor:

- Erhöhung der Dienst-, Amts- und Versorgungsbezüge sowie der Anwärtergrundbeträge mit Wirkung zum **1. Oktober 2011** um **1,5 %**,
- weitere Erhöhung dann mit Wirkung zum **1. Oktober 2012** um **2,6 %**.
- Weder soll es die im Tarifvertrag vorgesehene Einmalzahlung von 360,00 € für Beschäftigte noch die 120,00 € Einmalzahlung für die Auszubildenden (= Anwärterinnen und Anwärter) geben.
- Zudem soll die **Sonderzahlung für die Versorgungsempfängerinnen- bzw. -empfänger** mit Wirkung zum 1. Oktober 2012 um 1,51 % verringert werden.

Die Abweichungen im Verhältnis zum Tarifiergebnis sind offensichtlich:

| Lfd. Nr. | Tarifiergebnis vom 5.4.2011 | HBVAnpG 2011/2012 | Differenzen |
|----------|--|--|----------------|
| 01. | 360,00 € Einmalzahlung für Beschäftigte. Fällig im Juni 2011 | ./. | Minus 360,00 € |
| 02. | 120,00 € Einmalzahlung für Auszubildende. Fällig im Juni 2011 | ./. | Minus 120,00 € |
| 03. | Lineare Erhöhung um 1,5 % zum 1.4.2011 | Lineare Erhöhung um 1,5 % zum 1.10.2011 | 6 Nullmonate |
| 04. | Lineare Erhöhung um 2,6 % zum 1.3.2012 | Lineare Erhöhung um 2,6 % zum 1.10.2012 | 7 Nullmonate |

Eine Begründung für die 6 bzw. 7 Nullmonate bei den linearen Erhöhungen wird nicht gegeben. Gleichwohl wird in der Begründung angegeben, dass die linearen Steigerungen „in Umsetzung der Tarifeinigung 2011“ erfolgen. Lediglich für die Verweigerung der Übertragung der Einmalzahlung auf die Beamtinnen und Beamten bzw. die Anwärtinnen und Bewerber wird angegeben, dass diese „aus Gründen der Haushaltsersparnis nicht gewährt“ würde.

Hinzu kommt, dass die Sonderzahlung für Versorgungsempfänger von derzeit 4,17 % der Versorgungsbezüge um 1,51 % auf dann noch 2,66 % der Versorgungsbezüge ab dem 1.10.2012 abgesenkt werden soll (§ 5 Abs. 2 HSZG). Als Begründung wird genannt, dass Rentnerinnen und Rentner seit dem 1.4.2004 den Beitragsanteil zur Pflegeversicherung in Höhe von 0,95 % selbst tragen müssen, was auch ihr Einkommen reduziert. Diese Reduktion soll wirkungsgleich auf die Versorgungsberechtigten übertragen werden.

Das Verfahren

Der Gesetzwurf wurde am 7.6.2011 im Landtag in erster Lesung behandelt. Er wurde, wie üblich, dem Innenausschuss zur weiteren Beratung überwiesen. Dieser hat entschieden, am Mittwoch, den 17.8.2011 eine öffentliche Anhörung durchzuführen. Mit der 2. Lesung und Verabschiedung ist damit erst Ende August/Anfang September 2011 zu rechnen.

2. Umfangreiche Änderungen im Bereich der Hessischen Beihilfenverordnung geplant

Mitte Juni 2011 legte das Hessische Innenministerium im Verfahren nach § 110 HBG den Entwurf einer redaktionell (über 50 Seiten) und auch inhaltlich sehr umfangreichen Änderung der Hessischen Beihilfenverordnung (HBeihVO) vor. Aus Platzgründen kann hier nicht auf jedes Detail eingegangen werden, von daher nachstehend die zentralen Punkte.

- **Tarifbeschäftigte** haben in Hessen bislang einen subsidiären (nachrangigen Anspruch) auf die Gewährung einer Beihilfe. Dieser grundsätzliche Anspruch soll für diejenigen

entfallen, die vor dem 1.5.2001 eingestellt wurden. Wer seit dem 1.5.2001 eingestellt wurde, war auch bislang schon nicht mehr beihilfeberechtigt (§ 18 Abs. 4 HBeihVO i. d. F. v. 26.3.2010 i. V. m. § 19 Abs. 2 HBeihVO).

- Dem Grunde nach soll künftig ein Beihilfeanspruch auch im Falle einer **Beurlaubung** erhalten bleiben, wenn diese nicht länger als einen Monat dauert (§ 2 Abs. 2 HBeihVO).
- Die **Bemessungssätze** sollen geändert werden. Bislang galt für alle Beihilfeberechtigten innerhalb einer Familie ein gleicher Bemessungssatz. Künftig soll jedem Beihilfeberechtigten ein „persönlicher“ Bemessungssatz zugewiesen werden. Dies kann im Einzelfall zu einer höheren, aber auch zu einer geringeren Beihilfe führen.

Neue Bemessungssätze

- a) Grundsätzlich gelten als Bemessungssatz 50% für den Beihilfeberechtigten und den Ehegatten. Während der Elternzeit gelten 70%, wenn mindestens ein Kind berücksichtigungsfähig ist. Dies bedeutet auch, dass es keine Erhöhung mehr für den Beihilfeberechtigten sowie den Ehegatten mit geringen Einkünften gibt.
- b) Versorgungsempfänger sollen künftig 70% als Bemessungssatz erhalten, bisher in aller Regel 60%.
- c) Maßgebend sollen die Verhältnisse zum Zeitpunkt des Entstehens der Aufwendungen und nicht mehr die zum Zeitpunkt der Antragstellung sein.
- d) Die Erhöhung des Bemessungssatzes bei stationärer Krankenhausbehandlung soll entfallen (§ 5 Abs. 1 bis 6 HBeihVO).

- Das bisher nur in Hessen praktizierte „**Sachleistungsprinzip**“ soll entfallen. Diese Regelung bedeutet, dass Beamtinnen und Beamte, die freiwilliges Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse sind, im Falle der Beihilfegewährung die Kosten hierfür grundsätzlich gel-

tend machen konnten. Das Sachleistungsprinzip soll mit Ablauf des 31.12.2013 entfallen.

- Der Eigenanteil beim Erhalt von Arzneimitteln in Höhe von 5,00 € soll von den entstandenen Aufwendungen nicht abgezogen werden bei Beschäftigten bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres sowie bei Personen, deren Einkommen 1.200,00 € mtl. nicht übersteigt (§ 8 Abs. 1 Nr. 2 HBeihVO).
- Im Falle von **Sanatoriumsbehandlungen** sollen künftig auch die Kosten „für notwendige Begleitpersonen“ jedenfalls dann beihilfefähig sein, „wenn die Notwendigkeit der Begleitung behördlich festgestellt ist“ (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 HBeihVO). Damit werden auch beihilferechtlich jetzt sogenannte „Mutter-Kind-Kuren“ möglich.

Abgesehen von den besonderen Übergangsvorschriften sollen die Neuregelungen alle mit Wirkung zum **1.1.2012 in Kraft** treten (§ 21 Satz 1 HBeihVO).

Im Verfahren nach § 110 HBG haben jetzt u. a. die Gewerkschaften bis zum 19.8.2011 Zeit zur Stellungnahme. Es schließt sich das Verfahren nach § 115 Nr. 2 HBG (Landespersonalkommission) an.

II. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen

Tarifrunden bei der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt a. M. sowie der Technischen Universität Darmstadt abgeschlossen

Für die rund 4.000 Tarifbeschäftigten der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt a. M. ist am 24.5.2011 bereits in der ersten Verhandlungsrunde eine Einigung erzielt worden. Nach Angaben der

Gewerkschaft ver.di Hessen erhalten die Beschäftigten im Jahr **2011** eine **Einmalzahlung von 360,00 €** und ab dem **1.4.2011** eine **lineare Einkommenssteigerung von 1,5 %**. Im Jahr **2012 steigt das Einkommen** mit Wirkung zum **1. März um weitere 2,6 %**. Die Ausbildungsentgelte steigen ab April 2011 ebenfalls um 1,5 % und im März 2012 um weitere 2,6 %. Die Einmalzahlung im Jahre 2011 für die Auszubildenden beträgt 120,00 €. Für diesen Personenkreis wird es zudem künftig eine gestaffelte Regelung zur Übernahme nach erfolgreichem Bestehen der Abschlussprüfung geben. Wer seine Ausbildung mit der Note „gut“ abschließt, hat höhere Chancen auf einen Arbeitsplatz. Zudem erhalten Auszubildende eine ebenfalls nach der Abschlussnote gestaffelte Prämie zwischen 300,00 € und 500,00 €.

Die Laufzeit der Gesamteinigung beträgt 24 Monate (1.1.2011 bis 31.12.2012).

Nach allgemeiner Auffassung ist mit dem Gesamtvolumen dieses Abschlusses *„ein Reallohnverlust vermieden und Anschluss an die Tarifentwicklung im Bereich des Landes Hessen erreicht worden“*. Nach 2008 und 2010 ist nun zum dritten Mal eine Abkopplung der Tarifentwicklung der Beschäftigten der rechtlich selbständigen Stiftungsuniversität im Verhältnis zur Landesverwaltung verhindert worden.

Ergänzend wurde darauf hingewiesen, dass mit diesem Tarifabschluss die **Tarifrunde des Jahres 2011 für die Beschäftigten und die ehemaligen Beschäftigten des Landes „beendet ist“**. Für die Landesverwaltung konnte am 5.4. ein Abschluss erreicht werden, für die ebenfalls rechtlich selbständige Technische Universität Darmstadt am 18. Mai 2011. Auch letzterer entspricht in allen Punkten dem entsprechenden Tarifabschluss im Bereich des Landes.

III. Aktuelle Rechtsprechung

Mitbestimmung bei der Stufenzuordnung nach § 16 Abs. 3 Satz 4 TVöD u. a.

Nach der h. M. der aktuellen Rechtsprechung sowohl des BVerwG als auch des HessVGH zur Fra-

Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) und Beendigung von Arbeits- und Beamtenverhältnissen wegen Krankheit

Jetzt als eBook entdecken!



ge der Mitbestimmungspflichtigkeit einer Stufenzuordnung gem. § 16 Abs. 3 Satz 4 (Bund & VKA) TVöD kann dieses Mitbestimmungsrecht erst ausgeübt werden, wenn es (ggf. mitbestimmte) Grundsätze des Arbeitgebers bzw. Dienststellenleiters gibt, wie von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen ist.

Die (für Hessen) einschlägigen Regelungen haben folgenden identischen Wortlaut:

§ 16 Abs. 3 Satz 4 TVöD-Bund bzw.

§ 16 Abs. 2 Satz 3 TVöD-VKA¹

§ 16 Abs. 2 Satz 4 TV-H², TV-G-U³, TV-TU Darmstadt⁴

§ 16 Abs. 2 Satz 4 TV-UKF⁵

„Unabhängig davon kann der Arbeitgeber bei Neueinstellungen zur Deckung des Personalbedarfs Zeiten einer vorherigen beruflichen Tätigkeit ganz oder teilweise für die Stufenzuordnung berücksichtigen, wenn diese Tätigkeit für die vorgesehene Tätigkeit förderlich ist.“

Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur bis Ende 2010

In verschiedenen Verfahren haben Personalvertretungen in Hessen sowohl aus dem Geltungsbereich des TVöD-Bund als auch des TVöD-VKA Eingruppierungen im Einzelfall widersprochen, weil sie der Auffassung waren, dass die gefundene Stufenzuordnung deshalb nicht korrekt war, weil die Betroffenen über langjährige Berufserfahrungen sowohl innerhalb als auch außerhalb des öffentlichen Dienstes verfügen und von daher von der Möglichkeit einer höheren Stufenzuordnung „zur Deckung des Personalbedarfs“ Gebrauch zu machen sei. Noch in einer der ersten Entscheidungen zur Frage der Mitbestimmungspflichtigkeit der Stufenzuordnung hatte das BVerwG im August

2008 entschieden, dass auch in dem hier vorliegenden Fall ein Mitbestimmungsrecht besteht.⁶ Diese Auffassung hat das Gericht mittlerweile geändert.

In einer weiteren Entscheidung hatte das BVerwG auf der Grundlage des insoweit mit dem o. a. Tarifrecht vergleichbaren § 16 Abs. 2 Satz 4 TV-L nunmehr entschieden, dass „die Mitbestimmung bei Eingruppierung ... in den Fällen des § 16 Abs. 2 Satz 4 TV-L erst zum Zuge (kommt), wenn die Dienststelle – unter Beachtung der Mitbestimmung bei der Lohngestaltung... – Grundsätze zur Anrechnung förderlicher Berufstätigkeit beschlossen hat.“⁷

Zur Begründung wird im Wesentlichen ausgeführt, dass im Falle des Fehlens solcher Grundsätze „es an der Ausfüllung der tariflichen Ermessensvorschrift durch abstrakt-generelle Regelungen“ fehlt, „deren Anwendung durch den Dienststellenleiter der Personalrat mit zu beurteilen hätte“.⁸

Diese Entscheidung hat in der Literatur zu Kritik geführt. *Baden*⁹ hat deutlich gemacht, dass auch bei Fehlen einer generellen Regelung eine Ermessensentscheidung des Arbeitgebers vorliegt, die der Mitbeurteilung durch die Personalvertretung unterliegt. Ähnlich auch *Altvater u. a.*, 7. Aufl., § 75 BPersVG Rn. 37c.

Das *VG Frankfurt a. M.* ist der Auffassung des BVerwG ausdrücklich nicht gefolgt. In einer Entscheidung vom März 2010 in einem Verfahren aus dem Geltungsbereich des TVöD-VKA bzw. des HPVG vertritt es die Auffassung, dass das Mitbestimmungsrecht bei der Stufenzuordnung auch dann zum Zuge komme, wenn eine abstrakt-generelle Regelung zur Anwendung des § 16 Abs. 2 Satz 3 TVöD-VKA nicht vorliegt. Das Mitbestimmungsrecht könne nämlich immer noch dahingehend angewandt werden, dass die Personalvertretung versucht, Benachteiligungen für

¹ HBR III, Ordner Nr. 1, Nr. 1010

² HBR III, Ordner Nr. 2, Nr. 5100

³ HBR III, Ordner Nr. 2, Nr. 5911

⁴ HBR III, Ordner Nr. 2, Nr. 5921

⁵ HBR III, Ordner Nr. 1, Nr. 3050

⁶ ZTR 2008, S. 689

⁷ BVerwG v. 13.10.2009, PersR 2009, S. 501 ff.

⁸ BVerwG v. 13.10.2009 a. a. O., S. 505

⁹ *Baden*: Keine Mitbestimmung bei Ermessensentscheidungen?, PersR 2010, S. 52 <54>

¹⁰ *VG Frankfurt a. M.* v. 01.03.2010, PersR 2010, S. 241 <217>

einzelne Beschäftigte abzuwenden.¹⁰ Diese Entscheidung wurde nicht rechtskräftig, es wurde Beschwerde zum HessVGH eingelegt.

Rechtsprechung des BVerwG und des HessVGH Anfang 2011

In einem weiteren Beschluss v. 7.3.2011 hat das BVerwG auf der Grundlage des TVöD (Bund) / BPersVG insoweit entschieden, dass „die Mitbestimmung bei Eingruppierung in den Fällen des § 16 Abs. 3 Satz 4 TVöD-Bund erst zum Zuge“ komme, „wenn die Dienststelle unter Beachtung der Mitbestimmung bei der Lohngestaltung gem. § 75 Abs. 3 Nr. 4 BPersVG Grundsätze zur Anrechnung förderlicher Berufstätigkeit beschlossen hat“. Es handelte sich um ein hessisches Verfahren. Zur Begründung führt das Gericht u. a. aus, dass § 16 Abs. 3 Satz 4 TVöD-Bund dem Arbeitgeber ein Ermessen bei der Stufenfindung in den Fällen einräume, in denen es aus Gründen der Personalgewinnung angezeigt sei, „Zeiten einer

vorherigen beruflichen Tätigkeit ganz oder teilweise“ zu berücksichtigen. Die Ausübung eines solchen Ermessens könne für sich allein betrachtet nicht Gegenstand der Mitbestimmung sein.¹ Allerdings könne der Dienststellenleiter Grundsätze für die Anerkennung solcher Zeiten aufstellen, die dann ihrerseits der Mitbestimmung unterliegen (§ 75 Abs. 1 Nr. 2 BPersVG).

Gegen die Entscheidung des VG Frankfurt a. M. v. 1.3.2010 wurde die Beschwerde zum HessVGH zugelassen und auch eingelegt.² Am 7.4.2011 fand dort die mündliche Verhandlung und Entscheidungsverkündung statt. Nach den uns vorliegenden Informationen hat der HessVGH der Beschwerde stattgegeben und damit die Entscheidung des VG Frankfurt a. M. vom März 2010 aufgehoben. Das Gericht soll sich im Wesentlichen der neueren Entscheidung des BVerwG v. 7.3.2011 angeschlossen haben und auch für den Bereich des TVöD-VKA bzw. des HPVG die Auffassung vertreten, dass eine Mitbestimmung bei der Stufenfindung nach § 16 Abs. 2 Satz 3 TVöD-VKA erst dann zur Anwendung komme, wenn der Arbeitgeber Richtlinien hierzu aufgestellt habe. Diese sind zwar auch nach § 74 Abs. 1 Nr. 13, 1. und 2. Alt. HPVG mitbestimmungspflichtig, solange solche Richtlinien jedoch nicht bestünden, wie wohl in dem vorliegenden Fall, könne es eine Mitbestimmung nicht geben. Zudem vertritt der HessVGH wohl die Auffassung, dass es dem Personalrat möglich sein soll, in Ausübung seines Initiativrechtes die Schaffung solcher Richtlinien zu beantragen. Ebenfalls nach den uns vorliegenden Informationen soll der HessVGH in diesem Verfahren die Revision zum BVerwG nicht zugelassen haben. Wollte der antragstellende Personalrat eine erneute Befassung des BVerwG mit diesem Thema erreichen, müsste zunächst eine Nichtzulassungsbeschwerde eingelegt werden. Dies stellt eine zusätzliche Hürde dar.

Fazit

Bei aller notwendigen Auseinandersetzung mit diesen Entscheidungen sowohl des HessVGH als auch des BVerwG muss gleichwohl aktuell festgehalten werden, dass dieser Streitpunkt zumindest

Produktipp

v. Roetteken

Hessisches Gleichberechtigungsgesetz – HGIG



Loseblattwerk in 4 Ordnern
ISBN 978-3-7685-6602-5
€ 159,95 zzgl. Aktualisierungen
€ 199,95 ohne Aktualisierungen

[\[mehr Info\]](#)

Das Hessische Gleichberechtigungsgesetz hat vielfältige Auswirkungen auf die Organisation öffentlicher Dienstleistungen und die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse. Der **Kommentar** gibt eine Hilfe bei der Anwendung des Gesetzes und bietet zugleich auch Anregungen, wo und wie Verbesserungen im Sinne von mehr Gleichberechtigung gemacht werden können.

¹ BVerwG v. 07.03.2011, Az.: 6 P 15.10, noch n. v.; S. 20 des amtlichen Entscheidungsumdruckes

² Aktenzeichen des Verfahrens beim HessVGH: 22 A 819/10.PV

derzeit als ausgeurteilt qualifiziert werden muss. Ein Mitbestimmungsrecht bei abweichender Stufenzuordnung bei Deckung des Personalbedarfs einerseits sowie vorheriger beruflicher Tätigkeit andererseits greift erst dann, wenn es dienststelleninterne Grundsätze bzw. Regelungen hierzu gibt. Will der Arbeitgeber bzw. Dienststellenleiter solche erlassen, bedürfen sie ihrerseits der vorherigen Mitbestimmung des Personalrats (§ 75 Abs. 3 Nr. 4 BPersVG bzw. § 74 Abs. 1 Nr. 13, 1. und 2. Alt. HPVG). Wegen der engen Voraussetzungen wird es jedoch wohl nicht möglich sein, dass die Personalvertretung im Rahmen des Initiativrechts solche Grundsätze beantragt (§ 69 Abs. 3 Satz 1 HPVG). Letzteres stellt sich jedoch im Geltungsbereich des BPersVG wegen der abweichenden, gesetzlichen Formulierung (§ 70 Abs. 1 BPersVG) anders dar.

*Christian Rothländer
Sekretär beim ver.di Landesbezirk Hessen,
Ressort 2, Beamtenpolitik und Mitbestimmung,
Frankfurt a.M.*

Produktipp

v. Roetteken

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz – AGG
Kommentar zu den arbeits- und dienstrechtlichen Regelungen



Loseblattwerk in 4 Ordnern
€ 149,95 zzgl. Aktualisierungen
€ 239,95 Apartpreis
ISBN 978-3-7685-6344-4

[\[Mehr Info\]](#)

Der laufend aktuell gehaltene Kommentar liefert einen zuverlässigen Überblick über die Rechtsprechung.

Der Inhalt:

- AGG Text und Kommentar
- SoldGG Text
- Anhänge Bundesrecht
- Anhänge Internationale Übereinkommen
- Anhänge Europarecht
- Entscheidungssammlung
- Stichwortverzeichnis

IV. Neues auf Rehmnetz

1. Fachbeiträge

[Urlaubsstaffelung nach Lebensalter – Entscheidungshilfe für den Praktiker](#)

2. Rechtsprechung

[Beförderungsranglisten für Beamte auf gebündelten Dienstposten sind rechtswidrig](#)

3. Blog zum Beamtenrecht

Unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger kommentiert wöchentlich die Beamtenreform und ihre Folgen – immer mit einem wachsamem und kritischen Auge.

Die neuesten Themen:

- [Hungrige Beamte: Mit dem Dienstwagen zum Metzger?](#)
- [Abordnung – Versetzung – Umsetzung: Soziale Auswahl erforderlich!](#)
- [Atomkraft und Beamtenrecht](#)

Zu weiteren Blog-Beiträgen geht es [hier](#)

V. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten

In dieser Vorschau erhalten Sie einen Überblick über den Inhalt der nächsten Ergänzungslieferungen. Sie gibt den derzeit geplanten Stand wieder, der aber kurzfristig noch geändert werden kann.

Juli:

239. Aktualisierung der Gesamtausgabe = 115. Aktualisierung der Teilausgabe IV

§§ 193, 194 HBG

Vorschriften zum Beamtenrecht

August:

255. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
67. Aktualisierung der Teilausgabe I
Kommentierung zur WO-HPVG
Fundstellenverzeichnis

September:

241. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
116. Aktualisierung der Teilausgabe IV
Vorschriften zum Beamtenrecht
HDG, Rechtsprechungsübersicht

242. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
12. Aktualisierung der Teilausgabe IV =
12. Aktualisierung des BeamtStG
Fundstellenregister
Stichwortverzeichnis

Nähere Informationen zum Aufbau des Werkes
und zu seinen Teilausgaben finden Sie [hier](#).

Produkt Tipp

App von Rehm für Ihr iPhone, iPad oder Ihren iPod:



Größe: 0,2 MB
für iOS 2.2.1 oder neuer
€ 1,59

[\[Mehr Info\]](#)

Berechnen Sie, was netto von einer Abfindung übrig bleibt.

- Wie wirkt sich die Abfindung bei der Lohnabrechnung aus?
- Wie wirkt sich die steuerliche Entlastung durch die „Fünftelregelung“ aus?
- Welche Nettoabfindung bleibt bei welcher Steuerklasse?

Mit den wichtigsten rechtlichen Informationen zum Thema sowie Hinweisen für die Vertragsgestaltung und Tipps für die Kommunikation.

Impressum:

R.v.Decker, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH,
Im Weiher 10, 69121 Heidelberg
E-Mail: claudia.luz@hjr-verlag.de
Tel. 0 62 21/489-146 , Fax 0 62 21/489 -529

Abbestellen:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie auf unserer
Abonnentenliste eingetragen sind. Selbstverständlich
können Sie ihn jederzeit abbestellen, indem Sie eine
entsprechende E-Mail schicken an hbr@hjr-verlag.de.

Disclaimer:

Für Inhalte von verlinkten Seiten sowie Links im
HBR-Newsletter können wir keine Haftung übernehmen.
Sollte ein Link oder dessen Inhalte gegen Rechte ver-
stoßen, entfernen wir diesen, sobald wir davon Kenntnis
erhalten.

© 2011, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH,
Heidelberg

bestellcoupon per Fax an: 0 89 / 21 83-76 20

Ja, ich bestelle:

Ihre Arbeitshilfen



Expl. _____
 v. Roetteken/Rothländer
Hessisches Bedienstetenrecht – HBR
 Gesamtausgabe
 Loseblattwerk in 16 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-9311-3
 € 379,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Auch erhältlich als Teilausgaben:

Expl. _____
 Teil I:
Personalvertretungsrecht
 Loseblattwerk in 3 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-9511-7
 € 149,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Expl. _____
 Teil IV:
Beamtenrecht
 Loseblattwerk in 7 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-9811-8
 € 269,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
 v. Roetteken
Hessisches Gleichberechtigungsgesetz – HGIG
 Loseblattwerk in 4 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-6602-5
 € 159,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen



Expl. _____
 v. Roetteken/Rothländer
Beamtenstatusgesetz
 Kommentar
 Loseblattwerk in 2 Ordnern
 ISBN 978-3-7685-0953-4
 € 149,95 zzgl. Aktualisierungslieferungen

Jetzt bereits vormerken:

Rothländer
Leitfaden für die Personalratswahlen nach dem HPVG
 Die Neuauflage erscheint rechtzeitig zu den Wahlen 2012!



Picken Sie sich das Beste heraus!

Wichtige Informationen zum Themenkomplex Beamtenrecht finden Sie auf unserer Homepage!

[mehr Info]



Weitere Bestellmöglichkeiten

Bestellhotline:
0 800 / 21 83-333

Bestellfax:
0 89 / 21 83-76 20

Per E-Mail:
kundenbetreuung@hjr-verlag.de

Per Internet:
www.rehmnetz.de

Per Post:
Verlagsgruppe
Huthig Jehle Rehm GmbH
81677 München



Der Blog zur Beamtenrechtsreform

mit Dr. Maximilian Baßlperger, Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig; Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern.

>>> zum Blog



Live und ungefiltert! Blog rund um das Thema Gleichstellungsrecht

mit Kristin Rose-Möhring, Gleichstellungsauftragte im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ); Mitherausgeberin der GiP.

>>> zum Blog

Hier können Sie unser komplettes Titelangbot zum Bereich Beamtenrecht einsehen.

WAN 515186

Einrichtung/ Firma

Kundennummer (falls zur Hand)

Besteller/in Vorname/Name

Funktion

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

Telefon (freiwillig)*

Telefax (freiwillig)*

E-Mail (freiwillig)*

Ort/Datum



Unterschrift

Herzlichen Dank für Ihre Bestellung!

***Datenschutzhinweis:** Ihre persönlichen Angaben werden von der Verlagsgruppe Huthig Jehle Rehm ausschließlich für eigene Direktmarketingzwecke, evtl. unter Einbeziehung von Dienstleistern, verwendet. Darüber hinaus erfolgt die Weitergabe an Dritte nur zur Vertragsdurchführung oder wenn wir gesetzlich dazu verpflichtet sind. Sie können der Nutzung Ihrer Daten gegenüber der untenstehenden Adresse in Textform widersprechen ohne dass hierfür andere Übermittlungskosten nach dem jeweiligen Basistarif entstehen.
 Verlagsgruppe Huthig Jehle Rehm GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München.

Ein Angebot der Verlagsgruppe Huthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg, München, Landsberg, Frechen, Hamburg; im Fachbuchhandel erhältlich; Preisänderung vorbehalten!

Garantiert mit Rückgaberecht.

Die Ansichtsfrist für alle Fortsetzungswerke beträgt 4 Wochen, für alle anderen Produkte 14 Tage. Sollte ich von dem Produkt nicht überzeugt sein, schicke ich es ohne weitere Verpflichtung zurück (bei Software inkl. versiegeltem Freischalt-Schlüssel). Die Rücksendung erfolgt an die auf der Rechnung angegebene Versandadresse.

Aktualisierungsservice für Loseblattwerke und Software.

Dieser Service garantiert mir auch künftig rechtssicheres Handeln. Wenn sich für meine Arbeit wichtige Rechtsänderungen ergeben, erhalte ich automatisch eine Aktualisierung zum jeweils gültigen Preis. Dieser Service ist jederzeit kündbar.

Alle Preise zzgl. Versandkosten. Die Lieferung erfolgt auf Rechnung und Gefahr des Käufers. Bis zur vollständigen Bezahlung behalten wir uns das Eigentum an den gelieferten Produkten vor. Im Übrigen gelten die Geschäftsbedingungen des Verkäufers. Preisänderungen vorbehalten.

Stand Juli 2011